

Donnerstag, 03. März 2011 21:05 Uhr

URL: <http://www.buerstaedter-zeitung.de/region/kreis-bergstrasse/10220993.htm>

Bürstädter Zeitung

KREIS BERGSTRASSE

Beginn für Neuordnung

14.02.2011 - BERGSTRASSE

Von Uwe Dietrich

EMPFANG I Vertreter der CDU-Mittelstandsvereinigung treffen sich in Heppenheim

Zu einem Schulterschluss zwischen der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) und dem Wirtschaftsrat der CDU kam es beim Jahresempfang 2011 im Heppenheimer Wicom-Forum. Deren Kreisvorsitzende Werner Hartmann (Lampertheim) und Dr. Brian Fera dankten Landrat Matthias Wilkes für sein nachhaltiges Eintreten für das Ziel, dass es durch die auch in Hessen vorgesehene Einführung der Schuldenbremse nicht zu einer zusätzlichen Belastung der kommunalen Finanzen kommt. Unterstützung wurde auch der vom Kreis Bergstraße vor dem Staatsgerichtshof erhobene kommunale Grundrechtsklage zuteil. Ziel ist es, den Landesgesetzgeber dazu zu bringen, den Landkreisen wieder die Möglichkeit der Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung zu ermöglichen.

MIT-Kreisvorsitzender Werner Hartmann begrüßte unter den zahlreichen Gästen den CDU-Kreisvorsitzenden Dr. Michael Meister MdB, Peter Stephan MdL, IHK-Geschäftsführer Martin Proba und den Lampertheimer CDU-Spitzenkandidaten Edwin Stöwesand. Die MIT kann auf 85 Mitglieder zählen und ist mit elf Kandidaten auf der CDU-Kreistagsliste vertreten. „Die CDU will bei der Kommunalwahl am 27. März wieder stärkste Kraft werden, ohne die eine politische Gestaltung im Kreis auch in der Zukunft nicht möglich ist“ - mit dieser Aussage kam der als Gastredner angekündigte Erste Kreisbeigeordnete Thomas Metz im Blick auf die Wahlentscheidung gleich zur Sache. Aufgabe auch der Kommunalpolitik sei es, Rahmenbedingungen zu setzen, mit denen die Menschen vor Ort in die Lage versetzt werden, eigene Entscheidungen zu treffen. Der Mittelstand sei hier nicht nur notwendiger Interessensvertreter, sondern auch Ideengeber für eine Verbesserung der Wertschöpfung in der Region. Die breite im Kreis vorhandene Palette von Unternehmen sei für den geringen Stand von fünf Prozent Arbeitslosigkeit maßgeblich mitverantwortlich. Wichtiger Partner sei dabei auch die Wirtschaftsförderungs GmbH Bergstraße, die gegen viele Widerstände gegründet erfolgreich arbeite. 600 Firmen werden derzeit beraten, nationales und internationales Standortmarketing werde mit den Partnern in beiden Metropolregionen betrieben, die Gründerberatung verzeichne Erfolge, und das Ziel einer ausreichenden Breitbandversorgung werde mit Nachdruck angesteuert.



Die CDU will bei der Kommunalwahl am 27. März wieder stärkste Kraft werden, ohne die eine politische Gestaltung im Kreis auch in der Zukunft nicht möglich ist“ - klare Worte vom Ersten Kreisbeigeordneten Thomas Metz (li.). Foto: AfP Asel

Im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit forderte der CDU-Spitzenkandidat für die Kreistagswahl die SPD auf, ihre grundsätzliche ideologische Haltung zur Erledigung der Aufgabe durch den Eigenbetrieb Neue Wege aufzugeben. Rat könnten sich die Genossen dazu im Nachbarkreis Darmstadt-Dieburg holen, der das an der Bergstraße betriebene Modell mit großer Überzeugung vertrete. In den vier Jobcentern im Kreis konnten im Jahr 2010 mit 1 600 Menschen doppelt so viele Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden als im hessischen Durchschnitt. Bei der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur will die CDU, so Metz, die Ärmel hochkrepeln. Ziel sei es, die B47 vierspurig zwischen Worms und Lorsch auszubauen und bis 2015 den S-Bahn-Verkehr über Riedbahn und Main-Neckar-Bahn bis in die Metropolregion Rhein-Main fertigzustellen. Bei der künftigen Gestaltung der Kreisfinanzen habe sich, so Thomas Metz, die SPD abgemeldet. Die Nichtteilnahme der Sozialdemokraten an den Haushaltsberatungen im Dezember vergangenen Jahres bezeichnete er als eine „Bankrotterklärung“ und diene dem Ziel, die eigene Konzeptionslosigkeit zu übertünchen. Vom Bund und vom Land seien im schwierigsten Haushaltsjahr 2011 Verbesserungen für die Kreiskasse zu erwarten. Metz verwies auf die Ankündigungen, den Kommunen künftig mehr Gestaltungsspielraum bei der Gesetzesausführung einzuräumen und durch Übernahme der Grundsicherung im Alter den Kreis mit jährlich sieben Millionen Euro zu entlasten. Der „Kommunale Schutzschirm“ des Landes zur Finanzierung der Schuldenlast und die bereits erfolgte frühere Zuweisung von Mitteln im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches seien der Beginn für die Neuordnung der Kreisfinanzen. Bedingt durch das umfangreiche Schulbau- und Sanierungsprogramm habe sich das Eigenkapital des Kreises auf 42 Prozent erhöht. Man liege damit an der Spitze der südhessischen Landkreise. Ein Eintreten für eine Politik der Veränderung sei angesagt - und nicht eine Politik der Verhinderung, wie diese von der Opposition im Kreistag verfolgt werde.

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2011

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main